



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,

Donnerstag früh nahm ich am Parlamentarischen Frühstück von „Schule ohne Rassismus“ teil, weil ich diese Aktion, die zu einer Organisation mutierte, für hilfreich halte. Gerade junge Menschen müssen frühzeitig und glaubhaft Überzeugungen von uns Älteren erhalten, die mit aller Entschiedenheit gegen eine Selektion menschlichen Lebens, sei es offen oder verdeckt, in Grauzonen unserer Wahrnehmung oder manifest propagiert werden.

Auch bei der gegenwärtigen Debatte über die vorgeburtlichen Bluttests zur Aufspürung risikobehafteter ungeborener Menschen besorgt mich das vom Grundsatz her rassistische und schließlich faschistische Unterscheiden zwischen menschlichem Leben, das nützlich erscheint, und dem, das anders ist und vielleicht auch zunächst mehr Anstrengungen verlangt.

Als Vorsitzender der „Lebenshilfe“ weiß ich wohl und habe es bei ih-

rem jährlichen Frühlingskonzert neuerlich erfahren, wie gerade Menschen mit Behinderungen, wenn sie liebevolle Unterstützung erfahren, zur Quelle von Freude, Spaß und menschlicher Nähe werden können - eben dank anderer und oft genug raren Talenten, die zu unserem glücklichen Zusammenleben beitragen.

Und im Übrigen warb ich in dieser Veranstaltung - wie schon öfter in Plenarreden - für die Stärkung unserer nationalen Identität, gerade bei jungen Menschen. Wir dürfen dankbar und stolz auf Deutschland sein, weil wir aus unserer großen Schuld gelernt haben, weil wir uns zu einem wunderbaren Grundgesetz verpflichtet wissen und weil wir als Deutsche glaubhaft und tatsächlich zu einem friedlichen und deshalb auch gerechteren Zusammenleben in unserer Einen Welt beitragen wollen.

Ich wünsche allen Lesern meins Briefes insbesondere den Menschen in meinem Wahlkreis ein schönes Osterfest und vielleicht damit ein klein wenig die Erfahrung der Auferstehung aus, wie Goethe im

„Osterspaziergang“ sagt: „aus niedriger Häuser dumpfen Gemächern (auch der eigenen Vorurteile), der Straße quetschender Enge (auch Staus und Abgasgiften), aus der Kirche ehrwürdiger Nach (in die Helle von Hoffnung auf den guten Ausgang aller Dinge) alle miteinander mehr im Licht Leben.“

OSTERN eben.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst

Ihr

Peking muss die Verfolgung Andersdenkender in Hongkong einstellen

Neun führende Menschenrechtler der Regenschirmbewegung in Hongkong, die seit 2014 für freie Wahlen sowie für die Presse- und Meinungsfreiheit auf die Straße gehen, sind aufgrund haltloser alter Gesetze verurteilt worden. Als der für Presse- und Meinungsfreiheit zuständige Berichtstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion möchte ich dazu festhalten:

"Es ist ein Skandal, dass die Gründer der Hong Kong Occupy Central Kampagne, die sich seit 2014 gegen die Unterhöhlung der durch China zugesagten freien Wahlen in Honkong stark machen, zusammen mit Anführern demokratischer Parteien in Hongkong mit empfindlichen Haftstrafen auf Grund zweifelhafter Anschuldigungen verurteilt wurden.

Die ehemalige Kronkolonie Großbritanniens genießt nach der Rückgabe an China im Jahre 1997 einen Sonderstatus. Es wurde vereinbart, dass Hongkong eine chinesische Sonderverwaltungszone unter Beibehaltung einer freien Marktwirtschaft mit hoher innerer Autonomie und unabhängiger Justiz sowie Presse- und Meinungsfreiheit bleibt.

Leider gibt es in Honkong seit etwa fünf Jahren eine andere Entwicklung, denn die Einflussnahme Chi-nas wächst seither. Peking zensiert das Internet und kontrolliert die Medien. Merkwürdig spürbar war dieses durch den im August 2014 von China gefassten

sogenannten "831-Beschluss", der ein tausendzweihundertköpfiges, vom chinesischen Staat gebildetes Komitee vorsieht, um die Kandidaten zur Wahl des Hongkonger Verwaltungschefs zu bestimmen, bevor die Hongkonger Bevölkerung selbst die Personen bestimmen konnte.

Der sich dann formierende Widerstand brachte 2014 die Regenschirm-Proteste in Honkong hervor. Über hundert Demonstranten, die für mehr Demokratie und freie Wahlen eintraten, wurden angeklagt und viele von ihnen verurteilt, nun aktuell neun Anführer. Und das alles auf der Basis veralteter Gesetzgebung aus der kolonialen Ära.

Ich verurteile die Anwendung einer veralteten und mangelhaften Gesetzgebung gegen die Verfechter demokratischer Werte und Prinzipien. Diese Gesetze wurden wegen der Einschränkung der Meinungsfreiheit bereits auf das Schärfste vom UN-Menschenrechtsausschuss

kritisiert. Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, das es zu verteidigen gilt. Derartige einschüchternde Aktionen gegen die Freiheit demonstrierende Menschen schaden einer positiven Entwicklung Honkongs. Auch hatten Großbritannien und China vereinbart, dass 50 Jahre – also bis zum Jahre 2047 – in Hongkong alles so bleiben sollte, wie es war.

Ich appelliere an China, seine Zusagen einzuhalten und eine hohe innere Autonomie mit unabhängiger Justiz und Presse- und Meinungsfreiheit zu bewahren. Peking muss die um sich greifende politisch motivierte Verfolgung von Andersdenkenden durch die Hongkonger Regierung sofort stoppen. Die internationale Gemeinschaft muss Regenschirmbewegung in Honkong unterstützen. Letztlich wird China sich selber schaden, denn dort, wo freiheitliche Meinungsäußerung unterdrückt wird, kann nachhaltig keine Innovation in Wirtschaft und Gesellschaft gelingen."

Besuch aus meinem Wahlkreis Stadtverwaltung Frankfurt (O.)



Mindestabstand für Windkraftanlagen

Mit dem Beschluss, aus der Kernenergie auszusteigen und auch Kohlekraftwerke bis 2038 für Elektroenergieproduktion einzustellen, entsteht eine verschärfte Diskussion zu einem erheblichen Problem der Versorgungssicherheit mit Elektroenergie ab 2022. Das beflügelt den forcierten Ausbau von Windenergieanlagen ohne Rücksicht auf den überproportionierten und von der Landbevölkerung abgelehnten massiven Ausbau von Windkraftanlagen in den östlichen Bundesländern. In diesem Konflikt haben wir Abgeordnete aus den ostdeutschen Ländern einen Kompromissvorschlag vorgelegt, um dessen Akzeptanz wir jetzt nachdrücklich in der Fraktion und fraktionsübergreifend werben. Dieser Kompromiss sieht eine Mindestabstandsfläche von

1000 Metern zur Wohnbebauung und den Wegfall einer privilegierten Errichtungszone vor, über die die Kommunen dann selbst entscheiden können.

Nach meiner Auffassung könnte auch eine forcierte synthetische Produktion von Erdgas und Wasserstoff (H₂) bis Nutzung der z.Z. überschüssigen

Elektroenergie aus Windkraft, sogenannte E-Fuels, zu einer Versorgungssicherheit beitragen (Speicherung von E-Energie).

Die Bedeutung dieser Problemlage wird öffentlich noch nicht im notwendigen Ausmaß diskutiert. Das Problem wird uns schneller einholen, als wir es denken.



© Gordon Welters

Bundesförderung für die Sanierung des Ruderclubs Fürstenwalde

An diesem Mittwoch hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die Projektliste gebilligt. Im Rahmen des Bundesprogramms "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat wird die Sanierung und Erweiterung des Ruderclubs in Fürstenwalde/Spree mit 1.200.000 € gefördert. Dazu erklärt der Brandenburger CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Patzelt:

Es lohnt sich, Förderanträge zu stellen! Mit großer Freude nahm ich die Informationen des Bundesministeriums des

Innern, für Bau und Heimat über die Ergebnisse des Bewerbungsverfahrens für das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ entgegen. Der Ruderclub Fürstenwalde 1893 e.V. erhält eine Förderung für Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen in Höhe von 1.200.000 Euro. Diese Entscheidung macht einmal mehr deutlich, wie wichtig die Arbeit des Ruderclubs mit seinen vielfältigen Sport-, Jugend- und Freizeitangeboten für die Stadt ist. Sie würdigt das Engagement aller Mitarbeiter und ehrenamtlichen Helfer. Denn allein im Sportbereich engagieren sich acht Millionen

Ehrenamtliche. 7,3 Millionen Kinder und Jugendliche sind Mitglieder der Sportvereine (DOSB, 2018). Damit tragen unsere Sportvereine zum besseren gesellschaftlichen Klima bei und sind wichtige Ankerpunkte für die Bürger vor Ort.

Hintergrundinformationen:

Die Mittel in Höhe von 200 Mio. € stehen für die Förderung investiver Projekte mit besonderer regionaler oder überregionaler Bedeutung und mit sehr hoher Qualität im Hinblick auf ihre Wirkungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Integration in der Kommune und die Stadt(teil)entwicklungspolitik zur Verfügung.

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Oleksii Kysliak
Beeskowerstr. 114
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter direkt über die Homepage abonnieren, oder senden Sie uns eine E-Mail an: martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Brexit: Es geht nur mit Geduld und Ausdauer

Bei allem Verdruss, den uns die Briten durch ihren Austrittsentschluss und noch mehr durch ihre parlamentarische Verweigerung gegenüber mehrfach ausgehandelten Austrittsverträgen bereiten, müssen wir Geduld und Ausdauer bewahren. Es geht vor allem um die Bewahrung des Friedens zwischen der Republik Irland und Nord-

irland und der Bewahrung freundschaftlicher Beziehungen zu Großbritannien auch nach einem Austritt. Großbritannien war für Deutschland in der Nachkriegszeit, insbesondere bei der Wiedervereinigung, immer ein verlässlicher wohlwollender Partner. Als das Mutterland der Demokratie haben das britische Parlament wie die britische Regierung

einem nur mit knapper Mehrheit entschiedenen Volksentscheid zu folgen. Es wird auch eine Zeit nach dem Brexit geben. Möglichst für alle Partner guten Beziehungen wie z.B. mit dem Nicht-EU-Mitglied Norwegen. Und vielleicht gibt es ja auch einen späteren oder gar keinen Austritt.

Unterstützung für philippinischen Menschenrechtler Tulawie

Nach wie vor droht dem philippinischen Menschenrechtler Cocoy Tulawie, den ich vor zwei Jahren bei meinem Besuch in Manila kennen gelernt habe, ein Prozess. Er soll Drahtzieher der Entführung des deutschen „Spiegel“-Journalisten Andreas Lorenz durch die Terrorgruppe „Abu Sayyaf“ vor 19 Jahren gewesen sein. Es handelt sich hier offenkundig um den Versuch, einen unbequemen lokalen Menschenrechtsverteidiger mundtot zu machen, indem

man ihn eines schweren Verbrechens bezichtigt, ohne dass dafür handfeste Beweise vorliegen.

Am Freitag hat mich seine Anwältin besucht und um Unterstützung bei der Aufklärung des ungerechtfertigten Vorwurfes gebeten. Ich habe zugesagt, dass ich mich in dieser Angelegenheit an den Justizminister der Philippinen wenden und ihn auf die Tulawie entlastende eidesstattliche Erklärung des „Spiegel“-Reporters Olaf Ihlau hinweisen werde. Es freut mich erfahren

zu haben, dass sich neben zahlreichen deutschen Hilfswerken auch philippinische Kongressabgeordnete dafür einsetzen, dass die Anklage gegen Tulawie fallen gelassen wird. Laut seiner Anwältin gibt es durchaus Grund zu der Hoffnung, dass dies auch geschieht. Sollte es dennoch zum Prozess kommen, muss unter allen Umständen dafür gesorgt werden, dass eine Beobachtung durch unabhängige internationale Vertreter ermöglicht wird.

Wahlrechtsreform: Kein Verzicht auf Direktmandate

In der Fraktionssitzung der CDU/CSU im Deutschen Bundestag vom 09.04.19 haben wir ausgiebig über eine „Wahlrechtsreform“ diskutiert, die die Zahl der Bundestagsmandate spürbar senken soll. Drei Prämissen wurden für die weiteren Beratungen mit einer großen Übereinstimmung festgelegt:

1. Wir wollen die Zahl der Abgeordneten senken.
2. Wir wollen nicht auf die Direktmandate verzichten. Denn Bundestagsabgeordnete müssen für Wähler bekannt und erreichbar bleiben. Die Vorschläge zur Vergrößerung der Bundestagswahlkreise lehnen wir entschieden ab.
3. Die Listen der Partei-

en (2. Stimme) bleiben ein stabiles Element der freien Bestimmung durch die Wähler. Insofern müssen wir das Instrument der Ausgleichsmandate, das wesentlich für die „Explosion“ der Anzahl von Sitzen im Bundestag steht, einer kritischen Betrachtung resp. Reform unterziehen.